

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Unterbezirk Dresden, Jusos Sachsen

**Titel:** **Für die Gleichberechtigung: Elternzeit geht uns alle an**

---

## Votum der Antragskommission

Debatte

## Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Wir fordern die Einführung eines Elternzeitkonzepts, durch welches sich die  
3 beiden Erziehungsberechtigten in gleicher Weise in die Erziehungsarbeit  
4 einbringen können. Das Elterngeld wird für achtzehn Monate gezahlt, wobei sich  
5 das zweite Elternteil mit mind. 6 Monaten beteiligen soll. Die Elternzeit kann  
6 auch parallel genommen werden. Die wegfallenden Einkommen, welche zuvor  
7 mindestens für 12 Monate bezogen wurden, werden zu 100 Prozent ersetzt. Dabei  
8 müssen sinnvolle Deckelungsgrenzen festgesetzt werde. Die Elternzeit kann in den  
9 ersten 3 Lebensjahren des Kindes genommen werden. Alleinerziehenden stehen die  
10 Monate komplett zur Verfügung.

## Begründung

11 Sowohl Männer als auch Frauen sind durch die praktischen Gegebenheiten der  
12 aktuellen Elternzeitgesetzgebung benachteiligt. Durch den Mangel an Anreizen und  
13 die geringe Akzeptanz, dass Väter längere Elternzeiten nehmen, werden tradierte  
14 Rollenbilder verfestigt und an die nächste Generation weitergegeben. Väter haben  
15 dadurch weniger Chancen, die frühe Entwicklung ihrer Kinder zu begleiten und

16 aktiv zu gestalten. Mütter hingegen werden aufgrund der bisher bestehenden  
17 praktischen Gegebenheiten und der gesellschaftlichen Erwartungen dazu gedrängt,  
18 ihre berufliche Laufbahn auf Eis zu legen. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht  
19 in der Beteiligung an der aktiven Erziehung der Kinder. Beide Elternteile  
20 erfahren dadurch Nachteile. Zugleich stellt bei Bewerbungen die Erwartung  
21 potenzieller Arbeitgeber\*innen, dass eine junge Frau in absehbarer Zeit aufgrund  
22 eines unterstellten Kinderwunsches durch Mutterschutz und Erziehungszeit  
23 ausfallen könnte und deswegen ein Mann (unbewusst) für die Arbeitsstelle  
24 bevorzugt wird, eine weitere strukturelle Diskriminierung dar, die wir  
25 abschaffen müssen. Nur dann, wenn der Ausfall von Männern und Frauen nach der  
26 Geburt eines Kindes gleich wahrscheinlich ist, werden wir einen substanziellen  
27 Beitrag dazu leisten, den Gender Pay Gap (Geschlechtereinkommenslücke) zu  
28 verkleinern. Gemäß Art. 3 (2) GG müssen wir die tatsächliche Durchsetzung der  
29 Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern und auf die Beseitigung  
30 bestehender Nachteile hinwirken. Der vorliegende Antrag beseitigt ein massives  
31 strukturelles **Gleichberechtigungsproblem.**